

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötstraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 8892.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der sechsgespaltigen Kolonne 1 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **352500** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Der Feind.

In den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, wurde auf unserer Seite bisher immer nur vom Gegner geredet; unsere Gegner aber reden nur noch vom Feinde, von ihrem Feinde, von dem Feinde, den sie in der organisierten und kämpfenden Arbeiterklasse, in der modernen Arbeiterbewegung erblicken. Es ist besonders die berüchtigte Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das kapitalistische Heßblatt par excellence, die sich in den fünf Jahren ihres Bestehens mit dem Fanatismus eines religiös erregten Mohammedaners bemühte, alles Tun und Lassen der vor- und aufwärtsstrebenden Arbeiterklasse zu verunglimpfen, zu verleumden und zu denunzieren, zu befeuern und zu bekämpfen. Sie haßt und bekämpft jedoch nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, nicht nur die modernen freien Gewerkschaften, sondern jede unabhängige und selbständige Arbeiterbewegung, die nicht direkt oder indirekt von den Unternehmern und ihren Handlangern am Gängelbände geführt wird. Das Scharfmacherblatt begrüßt die gelben „Gewerkschaften“ mit Jubel und es fordert die Unternehmer zur Gründung von solchen auf. In seiner Nr. 6 vom 10. Februar 1907 bringt das Blatt einen grundsätzlichen-programmatischen Artikel von dem bekannten heillosen Konfusionsrat Ritter v. Weldegg, einem von irgendwo hergelaufenen Junker, der in Zürich die sogenannte Gelbe Arbeiter-Zeitung herausgibt, die nur künstlich von den Unternehmern, vor allem von dem bekannten Scharfmacherverband der schweizerischen Maschinenindustriellen, mit verhältnismäßig großen Opfern erhalten wird. Das Weldeggsche Blatt für Stumpfsinn und Gehirnerweichung wird nur von einer Handvoll tiefsitzender „gelber“ Proletarier gehalten und gelesen, im übrigen auf Kosten der Unternehmer, die für diesen unjaubereren Zweck Geld genug übrig haben, gratis an ehrliche organisierte Arbeiter versandt und verteilt, die dafür nur unschädliche „hinterlistige“ Verwendung haben.

In seinem erwähnten Artikel verbirgt der Weldegg hinter einem unglaublich konfusem Phrasenschwamm den eigentlichen Zweck der „Gelben“, der doch nur in der Erziehung einer stumpfsinnigen Masse zum beliebigen Gebrauch aller Ausbeuter und Arbeiterfeinde besteht. Der Weldegg aber jagt: „Die gelbe Bewegung erstrebt Beteiligung aller Volksschichten am produzierenden Kapital und dadurch Stellung des Kapitals unter die Botmäßigkeit der geistigen und körperlichen Arbeit; Umwandlung des Kapitals aus einem Übel zu einem volkswirtschaftlich nützlichen Faktor.“ Der letzte Satz klingt ganz sozialistisch, aber man halte ihn mit den übrigen Phrasen zusammen und man wird vergeblich sich bemühen, aus dem konfusem Quatsch Klug zu werden. Die stumpfsinnigen „Gelben“ lesen ihn wahrscheinlich überhaupt nicht.

Von gleicher „geistiger“ Qualität ist, was der Weldegg über den Zweck der gelben Arbeiterverbände sagt, der in folgendem bestehen soll: Leichtere Einigung mit den Arbeitgeber-Verbänden durch Garantie gegen Arbeitermangel und gegen mutwilliges Streiken anderer Organisationen, Studium der möglichen Verbesserungen, kaltblütige Schlichtung von Streitigkeiten durch nicht direkt beteiligte Mitglieder, Ansporn der Mitglieder zu beruflicher Vervollkommnung, Wahrung des Interesses an der Industrie, Ansporn zum Sparen, Anleitung der Mitglieder zu kluger Verwaltung des Ersparten, Mitwirkung bei Gründung und Verwaltung von Genossenschaftsbanken für Kapitalbeteiligung an industriellen Unternehmungen, wodurch die Arbeiterklasse selbst in die Reihen des Großkapitals tritt und Mitbestimmerin der Industrie wird. Und dazu bemerkt der Junker noch: „Die von derartig geleiteten gelben Verbänden bereits erzielten Erfolge in Lohn-, Arbeitszeit-, Arbeitslosigkeits- u. s. w. Fragen lassen das sozialdemokratische Streiksystem als reine Sassenbubenspielererei erscheinen.“ Man beachte zugleich auch den „guten Ton“, den der Junker von sich gibt. Geht man auf seinen Phrasenbrei selbst ein, so ergibt sich nur das eine mit aller Klarheit und Sicherheit, daß die gelben Vereine Streikbrechervereine sind, die von den Kapitalisten und ihren gutbezahlten Agenten gegründet und geleitet werden, um den Unternehmern hohe Profite und niedrige Löhne sowie eine flauschige Arbeiterklasse zu sichern.

Es ist zuzugeben, daß die „Gelben“ schon manchen elenden Schurkenstreich gegen die ehrlichen Arbeiter verübt, aber in Deutschland zum Beispiel sind sie trotz aller Bemühungen und Spitzbubereien nicht über einige klägliche Anfänge hinausgekommen und so stellt sich denn auch die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung keineswegs allein auf sie in ihrem blindwütigen,

fanatischen Kampfe gegen den „Umsturz“, den sie als bequemem Sammelnamen für die ganze übrige Arbeiterbewegung benützt. Sie schreit daher unermüdlich und unaufhörlich nach der staatlichen Erdrosselung der Arbeiterbewegung, nach neuen Ausnahmegesetzen, nach Entrechtung, Verfolgung und Unterdrückung der Arbeiter, des Feindes. In der verflochtenen Wahlbewegung hat sie das Menschenmögliche an Hezereien und Heucheleien geleistet. Sie denunzierte die Gewerkschaften, Beiträge für sozialdemokratische Wahlen geleistet und die Gewerkschaftspresse, dafür Agitation betrieben zu haben. Sie verschmeigt aber gleichzeitig, daß die sogenannten „Arbeitgeberorganisationen“ ebenfalls die Unternehmer aufgefordert haben, Mittel für „kapitalistisch-scharfmacherisch-reaktionäre Wahlen aufzubringen“, und zwar nach Maßgabe der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Man erfährt nachträglich auch, daß dem reichsständischen oder Kolonialamt in Berlin eine förmliche Wahlklasse errichtet war, an die die „Arbeitgeber“ und „Arbeitgeberorganisationen“ ihre Tausende und wohl auch Hunderttausende zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und zur Erzielung „guter Wahlen“ abliefern. Der Vorgang erinnert lebhaft an die 12000 Mk., die 1899 der Scharfmacherverband an das Reichsamt des Innern für die Agitation zur Förderung der Zuchthausvorlage abgab. Man bringt nun auch die Deforierung der Vopelius und Konforten, die an der Wiege der Zuchthausvorlage gestanden und die Wohltäter des Kassenkartells gespielt haben, in Zusammenhang mit diesen ihren Leistungen.

Die „unpolitische“ Deutsche Arbeitgeber-Zeitung brachte in ihrer Nr. 3 vom 20. Januar einen flammenden Wahlaufruf mit der Überschrift: „Auf die Schanzen!“, in dem es unter anderem heißt:

„Die Wahlbeteiligung ist Staatsbürgerpflicht. Sie ist um so mehr eine Pflicht des Arbeitgebers, als dieser einen überaus wichtigen Faktor des öffentlichen Lebens darstellt, als er der eigentliche Träger der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Gewiß ist es nicht unsere Sache, uns in den Parteistreit einzumengen, soweit nicht die Bekämpfung der Sozialdemokratie und ihrer Bundesgenossen in Frage kommt. Wohl aber sind wir vollauf berechtigt, das Unternehmertum auf die Folgen aufmerksam zu machen, die nutzlose Preisgabe einer noch so entfernten Möglichkeit nach sich ziehen müßte, die Gestaltung der Zukunft auf sozialpolitischem Gebiet in seinem Sinne zu beeinflussen. Man bedenke: der kommende Reichstag hat eine Fülle von sozialpolitischen Aufgaben zu erledigen. Um nur das hauptsächlichste zu nennen, so soll er über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die Einführung der Arbeitskammern, über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, über die Arbeitslosenversicherung und die Witwen- und Waisenversicherung zu Rate sitzen. Leuzer Dinge, die von einschneidendster Bedeutung für das gesamte Arbeitsleben sind. Und außerdem harren eine Unzahl von Initiativanträgen der Beschlußfassung, die von den einzelnen Parteien abzuhängen. Welchen Standpunkt die sozialdemokratische Arbeiterbewegung allen diesen Fragen gegenüber einnimmt, ist zur Genüge bekannt. Von vornherein erklärt sie sich mit keinem Vorschlag zufrieden, der etwa darauf abzielt, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, — übt sie häßliche Kritik sogar an dem Bestreben derer, die, wie unsere bürgerlichen Sozialideologen, dem Wahne huldigen, durch rücksichtsvolles Eingehen auf die Eigenart der Umstürzbewegung deren Haß gegen die geltende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung abschwächen zu können. Alles oder nichts, so heißt ihre Devise, wobei sie deutlich durchblicken läßt, daß im letzten Falle das ihr Verlangte in absehbarer Zeit der bürgerlichen Gesellschaft mit Gewalt abgetrotzt werden wird. Man vergegenwärtige sich, mit welchem Hohne die sozialdemokratische Presse die Einbringung der Regierungsvorlage in Sachen der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine begrüßt! „Knebelung der Arbeitgeberorganisationen“, so zeterle es aus allen sozialistischen Pressewinkeln; „Unterbindung der Koalitionsfreiheit“, so schallt man die Absicht der Souveränementalen, dem Streikunwesen mit Hilfe der Passivität der Streikführer ein Ziel zu setzen. Das hatte nichts mit der auch von uns als unzulänglich bezeichneten Form der Regierungsvorlage zu tun, sondern entsprang einzig und allein dem Bestreben, grundsätzlich der Errichtung solcher Schranken vorzubeugen, die etwa dem Anschwollen des politischen Radikalismus unter den Arbeitern auf gefeigebereitem Wege Einhalt gebieten könnten.“

Dieselbe politische Heuchelei betätigten übrigens auch die „christlichen“ Gewerkschaften und die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine. Sie wollen sich nicht in die Politik mischen, da sie doch noch „neutral“ seien; aber sie fordern ihre Anhänger, für die bürgerlichen Parteien zu stimmen und keinem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Das sei nicht Politik! Wenn aber auf der anderen Seite die freien Gewerkschaften ihre Anhänger auffordern, nur für Sozialdemokraten zu stimmen und keinem Bürgerlichen ihre Stimme zu geben, so ist das nach jenen Leuten Politik und mit pharisäerischem Augenverdrehen schreiben sie über die Verletzung der Neutralität durch die freien Gewerkschaften. Die Moral dieser Doppelzüngigkeit ist die: Alle Politik, die die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer und der „christlich-nationalen“ Arbeiter treiben, ist keine Politik; alles aber, was die freien Gewerkschaften tun, ist Politik, sozialdemokratische Politik. Wenn also zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Die ehrlichen und aufrichtigen Arbeiter in den

freien Gewerkschaften machen eine solche Verlogenheit und Heuchelei nicht mit, sie wollen Arbeiterpolitik treiben, nenne man sie nun sozialdemokratische Politik oder wie die Gegner sonst wollen.

Die vorstehend zitierten Auslassungen der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung sind zum Teil geradezu läppisch, zum Teil scharfmacherisch. Es ist läppisch, der Sozialdemokratie den Vorwurf zu machen, daß sie mit den gegnerischen Vorschlägen nie zufrieden sei. Sind denn umgekehrt die Gegner je mit den sozialdemokratischen Vorschlägen zufrieden oder mit den Regierungsvorlagen? Es ist ebenjo läppisch, ihr vorzuwerfen, daß nur „alles oder nichts“ ihre Parole sei, während sie durch Hunderte von Anträgen im Reichstag bewiesen hat, daß sie reformieren, Schritt für Schritt vorwärts marschieren, Stück um Stück verbessern wolle. Damit widerlegt sich auch, der sonst in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung wie in der übrigen bürgerlichen Presse immer wieder erhobene Vorwurf, die sozialdemokratische Partei negiere nur und sei unfruchtbar. Umgekehrt kann man diese Kritik gegen die Bürgerlichen richten, die alle sozialdemokratischen Bemühungen zurückweisen und schon von der Bismarckschen Regierung in heftigen Kämpfen zur Bewilligung des Bischofs sozialer Gesetzgebung gezwungen werden mußten, die die Folge der sozialdemokratischen Tätigkeit und Kritik ist, wie Bismarck selbst konstatierte. Scharfmacherisch ist die Verteidigung und Hochhaltung der Verletzung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch den Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die zu gleicher Zeit erfolgen sollte, da in England das Gewerkschaftsrecht in freiheitlichem Sinne ausgebaut wurde und im republikanischen Frankreich das gleiche vorbereitet wird.

Nur nebenbei erwähnt sei noch, daß der Lynkeus unter und der Reismis über dem Strich die sozialdemokratischen Abgeordneten des „Verfassungsbruches“ beschuldigen, weil sie nicht das ganze Volk, sondern nur die Arbeiter vertreten. Diese Fastnachtsnarretei verdient keine ernste Widerlegung.

In der Nr. 5, nach dem Siege des Sottentottenkartells vom 25. Januar, erreichte der Berliner Schleifstein den Gipfel der Scharfmacherei, indem er schrieb: „Gerade jetzt ist es Zeit, die Lage auszunutzen — gerade jetzt ist es Zeit, die als solche unzweifelhaft festgestellten Mängel der Verfassung abzustellen und den Folgen der mit doppelter Schärfe einsetzenden Agitation der Umsturzpartei vorzubeugen.“ Also Umsturz der Verfassung, Beraubung des Wahlrechtes derselben Wählermassen, die soeben mit den verlogenen nationalen Phrasen gegen den „Umsturz“ aufgebieten wurden, schändlichster Verrat am Volke durch den schändlichsten Mißbrauch einer geradezu erdwindelnden reaktionären Reichstagsmehrheit.

Das ist der Feind. Nicht der Engländer, nicht der Franzose, nicht der Amerikaner ist der Feind des deutschen Volkes — sein Feind ist der deutsche Schlot- und Krautjunker und die Horde seiner scharfmacherischen Söldlinge, die es in die Knechtschaft und zum Helotum zwingen wollen. Diesem Feinde muß unser Kampf gelten!

### Die Hoffnung der Scharfmacher.

Unter dem Titel: „Die Organisation der Metallarbeiter“ fordert Dr. K. (Dr. Felix Kuh) in Nr. 7 der Eisenzeitung seinen Auftraggeber einen Artikel, der, obwohl er ein Gemisch von Wahrheit und Dichtung darstellt, doch interessant genug ist, daß wir von ihm Notiz nehmen können, zumal er einen Einblick in die Gedanken gewährt, die sich einer der literarischen Vertreter der Unternehmerorganisationen über die Arbeiterbewegung macht. Es heißt im ersten Absatz dieses Artikels:

„Berücksichtigt man aber diese Einflüsse (den angeblichen Terrorismus der Organisierten gegen die Nichtorganisierten), so liegt auf der Hand, daß der einzelne Arbeiter sehr oft in die Lage kommen wird, sich gerade einer in dem betreffenden Distrikt oder sogar nur in dem betreffenden Werke dominierenden Gewerkschaft anzuschließen, auch wenn er dabei ein kleines Opfer des Intellektes oder der Überzeugung bringen muß. Er wird dann natürlich die erste Gelegenheit benützen, um sich wieder dem unerwünschten Banne zu entziehen, aber zunächst ist doch die Mitgliederzahl der betreffenden Gewerkschaft erhöht, und in der Öffentlichkeit wird in der Regel nur von den eingetretenen, nicht aber von den ausgetretenen Mitgliedern gesprochen. Mag es somit gewissen Schwierigkeiten begegnen, sich über das zahlenmäßige, wirkliche Verhältnis der einzelnen Gewerkschaften zueinander und der Gewerkschafter zu den Nichtgewerkschaftern zu unterrichten, so müssen mit um so größerer Sorgfalt alle Anzeichen beobachtet werden, welche für ein Ansteigen oder Absinken der gewerkschaftlichen Bewegung in bestimmten Erwerbszweigen oder für das Auftreten neuer Erscheinungen und Organisationsformen in Betracht kommen, welche Bedeutung einer solchen Kenntnis für die Arbeiterkämpfe zukommt, in welchem Umfang hierdurch die Laktit bei der Abwehr, das Verhalten in der Verhandlungsfrage und andere Momente beeinflusst werden, darüber dürfte jede nähere Erörterung überflüssig sein.“

Wenn es möglich gewesen ist, sich durch den letzten Satz dieses Zitats hindurchzuarbeiten, ohne daß ihm dabei die Pute ausging, der hat damit gleichzeitig die Tendenz des ganzen Artikels erfaßt. Freilich gibt Dr. K. der Wahrheit nur zur Hälfte die Ehre. Wahr-



Zustrom wissenschaftlich durchgebildeter Elemente zu der Partei und der Arbeiterbewegung im ganzen zu ermöglichen. Wer nicht geradezu mit Blindheit geschlagen ist oder sich in einen verhängnisvollen Dünkel hineinphantasirt hat, muß zugeben, daß die wissenschaftlichen Leistungen der Sozialdemokratie in den letzten Jahren nicht besonders groß gewesen sind. Auch die wissenschaftliche Qualität der sozialistischen Zeitungen kann nicht mehr genügen. Die Partei und die mächtig aufstrebende Gewerkschaftsbewegung bedürfen aber einer Zeitschrift größeren Stiles für die außerordentlich wichtigen Fragen der allgemeinen und besonderen Sozialpolitik. Ich bin der Meinung, daß das für die Parteifortbildung ausgegebene Geld viel besser angelegt wäre, wenn es für eine größere sozialpolitische Revue mitverwendet würde. Wenn man dagegen einwendet, daß wir ja doch die Neue Zeit und die sozialistischen Monatshefte hätten, so kann ich darauf nur erwidern, daß die Neue Zeit fast nichts anderes enthält als Artikel, die auch in jeder Tageszeitung abgedruckt werden könnten, und daß die sozialistischen Monatshefte viel zu einseitig gehalten sind.

Es ist auch notwendig, daß sich die Sozialdemokratie viel mehr als bisher Einfluß auf alle Veranstaltungen sichert, die sich Reformen in unserem gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Leben zum Ziele gesetzt haben und nicht von vornherein in erklärter Gegnerschaft zur Sozialdemokratie stehen. In Dresden und nach Dresden wurde immer wieder die Parole ausgegeben: „Absondern! Keine Gemeinschaft mit irgend welchen bürgerlichen Kreisen pflegen!“ Die Folgen dieser geistreichen Mahnung sehen wir ja jetzt vor uns. Wenn Bebel in Dresden ausrief: „Ich bin der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und werde es bleiben; gegen sie kann es nichts anderes geben, als den Kampf bis aufs Messer!“, so ist das zunächst nichts weiter als eine Redensart, von der man nicht einmal behaupten kann, daß sie mit den Lehren unserer großen Führer in Einklang zu bringen wäre. Wir bekämpfen gar nicht unterschiedlos alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft oder alle ihre Einrichtungen, wissen vielmehr, daß wir in ihr die Mutter der sozialistischen Ordnung vor uns sehen. Es ist auch gar nicht wahr, daß wir so schlechtlich die Lobfeinde dieser Gesellschaft sind, wir leben in ihr und haben uns mit ihr abzufinden. Wir suchen ihre Entwicklung in unserem Sinne zu beeinflussen und zu beschleunigen. Es gibt weite Gebiete, auf denen nach wie vor eine gemeinsame Arbeit von Sozialdemokraten und Angehörigen bürgerlicher Parteien oder parteiloser Männer und Frauen nicht nur möglich, sondern geradezu notwendig ist. Da ist zum Beispiel die öffentliche Gesundheitspflege, die Schulhygiene, die Volksbildung, die Wohnungsreform, die Verbreitung von künstlerischer Kultur u. s. w. Wenn wir uns um diese Veranstaltungen nicht kümmern, dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie nicht so ausfallen, wie wir wünschen. Es unterliegt natürlich keinem Zweifel, daß „wohlwollende“ Bestrebungen dieser Art von bürgerlichen Männern und Frauen vielfach mit dem Hintergedanken in Angriff genommen werden, dadurch der Sozialdemokratie Wasser abzugrauben. Aber glaubt man diese Gefahr dadurch abwenden zu können, daß man jene Leute unter sich läßt und den Kopf in den Sand steckt? Das ist doch offenbar das verkehrteste, was man beginnen kann. Hinein in solche Veranstaltungen! Feß Hand angelegt und wenn es geht, die Führung übernommen, dann kann man darauf rechnen, daß etwas Gedeihliches zustande gebracht wird. Die Absonderungs- politik, die in der Resolution über die Bildungsfrage auf dem Mannheimer Parteitag zum Ausdruck kam, muß nun endlich einmal über Bord geworfen werden. Von allen Seiten hören wir die Klage, daß wir mit unserer Agitation überhaupt nicht mehr an die indifferenten Massen herankommen. Offenbar liegt das nicht nur an den indifferenten Massen, sondern auch an uns. Das sollten wir beiseiten einsehen und unser Verhalten danach einrichten.

### Die Hirsch-Dunderschen und die Reichstagswahlen.

Aus Westpreußen wird uns geschrieben: Vor kurzem veröffentlichten die Hirsch-Dunderschen einen Programmentwurf, in dem sehr viele schöne Dinge, wenn auch zum Teil sehr verknäuelert, enthalten sind. Schon längst ist aber allen Selbsten bekannt, daß die Hirsch-Dunderschen den bürgerlichen Parteien bei allen möglichen Anlässen Vorparadiese leiten. Je nach der allgemeinen Situation und den besonderen Verhältnissen kreuzen sie wie Piraten ohne Flagge auf dem politischen Meer. Immer betonen sie: wir sehen keine Flagge öffentlich auf, wir könnten sonst von der Öffentlichkeit erkannt werden. Doch die Hirsche sind wie das Wetter: sehr veränderlich. Die Führer dieser Organisation, die vorgeben und glauben machen wollen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, haben, wie schon aus Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung hervorgeht, bei der Reichstagswahl gegen ihren eigenen Programmentwurf gearbeitet. Ihre Forderungen: Sicherung des Koalitionsrechtes, Erweiterung desselben auf die Landarbeiter, Erhellung des Wahlrechtes, Anerkennung der Berufsvereine wurden skrupellos als Ballast über Bord geworfen. Ihr Eintreten bei der Reichstagswahl für die rechtsstehenden Parteien liefert dafür den besten Beweis. In Danzig arbeiteten die Gewerkschaften unter Leitung ihres Oberhirsches Vorrath für den „freimüthigen“ Wahl-

ausgeschlossen sind. Auf jeden Fall erscheint es aber einleuchtend, daß sie in manchen Fällen viel Zeitersparnis ermöglichen. Neuartige amerikanische Abriecher für Schmirgelscheiben und Schleifsteine bringt die Firma Franz Küfner, Dresden-N., Löbnitzstr. 8, in den Handel. Diese Abriecher sollen an Dauerhaftigkeit, Wirksamkeit und Hilfigkeit alle anderen Systeme übertreffen und die teuren Diamanten vollständig ersetzen. Sie werden in drei verschiedenen Ausführungen geliefert. Nr. 1, für nicht zu harte Schmirgelscheiben, besteht aus einer Stahlblechhülse mit Handgriff, die eine Masse enthält, deren Härte der des Diamanten nahekommt und überhaupt das härteste Schleifmittel ist, das bis jetzt künstlich erzeugt werden konnte. Vor dem Diamanten hat dieser Abriecher den Vorteil größerer Billigkeit, er kann nicht verloren gehen oder beschädigt werden, seine Haltbarkeit beträgt bei gewöhnlichem Gebrauch zwei bis drei Jahre und er kann jedem beliebigen Arbeiter angewandt werden. In der hervorhebende Teil der Masse abgenutzt, so wird das sie umgebende Stahlblech eine Kleinigkeit abgeschliffen. Nr. 2, für harte Schmirgelscheiben, hat die ebenfalls bei anderen Abriechern üblichen Rädchen. Diese sollen sich aber durch besondere Dauerhaftigkeit auszeichnen. Die Spindel ist vom Gewindeende her schräg durchbohrt, so daß bequeme und hinreichende Lüftung möglich ist. Nr. 3 ist eine Kombination von Nr. 1 und 2. Nr. 1 kostet 24 Mk., Nr. 2 6 Mk. und Nr. 3 27 Mk. Ein Satz Ersatzrädchen kostet 1 Mk., ein Satz Spindeln, Scheiben und Futter 2,50 Mk. Die Firma Mag Seuferscheidt in Frankfurt a. M. bezieht die Anfertigung von Spezialmaschinen zur Glühkörperfabrikation. Ferner bringt sie eine Reinigungsmaschine für Gasglühlichtbrenner in den Handel. Bei dieser Maschine wird der Brenner auf eine rotierende Hohlspindel gesetzt und durch zwei gleichfalls rotierende Bürsten gereinigt. Am entgegengesetzten Ende der Spindel befindet sich ein Gummiball, mittels dessen der beim Reinigen in den Brenner eingebrachte Staub herausgehoben werden kann.

direktor Mommsen. Nachstehendes Zirkular wurde an alle ihre Mitglieder gesandt:

„Danzig, Datum des Poststempels.“

Wertes Kollege!

Am 2. Januar 1907, abends 8 Uhr, findet im Bildungsvereins-haus, Hintergasse 16, eine Versammlung der Gewerkschaftskollegen statt, die sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl und dem für diese aufgestellten Kandidaten, Herrn Mommsen, beschäftigen wird.

In dieser Versammlung wird Herr Mommsen anwesend sein und sein sozialpolitisches Programm, das er für die Danziger Arbeiterkammer im Reichstag wie auch in öffentlichen Angelegenheiten für Danzig zu vertreten gedenkt vortragen.

Zu dieser Versammlung ladet der unterzeichnete Ausschuss jeden staatserbaltenden denkenden Kollegen freundlichst ein in der Erwartung, für bestimmt dieser Einladung zu folgen.

Mit Gruß

Der Ausschuss.

J. A. Mische.

Der faulose „Ausschuss“ ist kein anderer als der Ortsverbandsausschuss der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. In dieser Versammlung enttrübtete sich Herr Mommsen vor den Hirschen auch ungeniert über die Begehrlichkeit der städtischen Hilfsarbeiter in Berlin, die Beamtenqualität und Pensionierung forderten. Wo käme da der Steuerfädel hin? fragte enttrübt der Millionär und Bankdirektor, der aber stets für die Unsummen gestimmt hat, die der Berliner Kommunalparlament bei Besuchen auswärtiger Fürsten verpulvert hat. Bemerkte sei noch, daß Herr Mommsen in Danzig im Jahre 1903 die Forderung der Arbeiter: Postlandsarbeiten für die Arbeitslosen und Befreiung des Wahlrechtsraubs bei Armenunterstützung mit der Erwidmung abtat: „Seute, die nicht arbeiten wollen, sind Arbeitschene und haben nichts anderes als Armenunterstützung verdient!“ Zu jener Zeit sprach er ja auch schon der Lehrerschaft die Be-rechtigung zu höheren Gehaltsbezügen mit der famosen Diktion ab: „Die Lehrer sind nicht fähig, beurteilen zu können, wie hoch ihr Einkommen sein muß.“ Auch beteuerte Herr Mommsen, daß er für die Arbeiter der Kaiserlichen Werk stets hinter den Kulissen gewirkt habe. Vor dem öffentlichen Reichstag sei das erstens gar nicht zweckmäßig. Und dann könne man dort auch nicht so reden, wie man wolle, weil man sich der parlamentarischen Ordnung und Ausdrucksweise fügen müsse.

So sieht der Kandidat aus, für den die Hirsche eintraten. Doch das stärkste, was die Hirsche bei der Wahl verbrochen haben und das in Deutschland wohl seinesgleichen nicht finden dürfte, ereignete sich in Elbing. Dort war von der konservativen Partei der bisherige Vertreter v. Oldenburg auf den Stuhl erhoben worden. Dieser Herr ist in ganz Deutschland als der glühendste Gaffer aller freihändlerischen Bestrebungen bekannt. In Kontz forderte er ganz offen die Abschaffung des bestehenden Wahlrechtes. Er empfahl der Regierung, wenn das Volk sich dagegen sträubte, Gewalt zu gebrauchen. Also ein Staatsfeindler von ungetrübtem Wahrs. Für diesen würdigen Nachfolger der Raubritterzeit brach der Hirsch-Dundersche Bezirksleiter Vorrath insofern eine Lanze, daß er seinen Getreuen Wahlenthaltung empfahl. In diesem Wahlkreis stand der Konservative mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl. Dadurch haben die Hirsche für den letzten Akt von Achtung verloren.

In den nächsten Monaten werden die Hirsche für auf dem Verbandsrat der Gewerkschaften zusammenzutreten, um über ihren Programmentwurf zu beraten und zu beschließen. In recht grellen Farben und in „geschmackvoller“ Aufmachung werden sie dann nachher der itanenden Welt verkünden, für welche freihändlerischen Ideale sie große Worte geschwungen haben. Wenn es zum Treffen kommt, werden sie aber, wie die Reichstagswahl bewiesen hat, statt für Erhaltung und Erweiterung der Volksrechte mannhafst einzutreten, wie ein Taschenmesser zusammenklappen.

### Ein Zusammenbruch.

Während der Wahlbewegung war auch viel die Rede von dem Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerk in Danzig. Das Schicksal dieser ersten und größten Schöpfung der „modernen Industrialisierung des Ostens“, die seit Jahren nur als das Schmerzenskind der Danziger Industrie bezeichnet wurde, hat sich nun erfüllt, es war nicht mehr aufzuhalten. Die ungeheuren Privatmittel, die Millionen Staatsgelder, die Hunderttausende städtischer Gelder sind umsonst geopfert worden. Die seit Mitte vorigen Jahres angestrebten Neufinanzierungsversuche (übrigens die vierte Finanzierung dieser Art) hatten sich nicht zustande bringen lassen, weniger infolge der ablehnenden Haltung der großen Hypothekengläubiger, als vielmehr der Aktionäre. Die letzteren hatten ganz und gar das Vertrauen zu dem Unternehmen verloren. Bei dem Krach der Nordischen Elektrizitätswerke handelt es sich einschließlich 4 Millionen Mark Hypothekenschulden um eine Schuldenlast von 7 bis 8 Millionen Mark. Der Zusammenbruch ist ein so vollständiger, daß nach dem Urteil von Sachverständigen kaum 10 Prozent in der Masse liegen dürften.

Die „Industrialisierung des Ostens“, besonders Danzigs, setzte Anfang des Jahres 1896 ein. Das erste Unternehmen waren die Ostpreussischen Industriewerke, die sich mit dem Bau von Dampfmaschinen, Apparaten, Wasserrreimern und Brückenbau beschäftigten. Als Absatzgebiet kamen die Provinzen und Rußland in Betracht. Das Unternehmen gedieh ganz gut. Die zweite Gründung, die nach Jahresfrist folgte, war die Herstellung der Straßenbahnverbindung Danzig-Neufahrwasser; sie sollte den Verkehr der Arbeiter von und zu den in Danzig gelegenen Werkstätten an der toten Weichsel vermitteln. Mit Hilfe Dresdener Kapitals trat die Danziger elektrische Straßenbahn-Aktiengesellschaft ins Leben. Aus diesen zu Mitteldeutschland genommenen Beziehungen entwickelte sich dann die Nordische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, die sich den Bau von elektrischen Straßenbahnen und städtischen Zentralen zur Aufgabe machte und alsbald Rechte größeren Umfangs, besonders in Graubenz, Stolp und Memel erwarb. Die gemeinschaftliche Direktion der Ostpreussischen Industriewerke und der Nordischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft veranlaßte die im Mai 1898 erfolgte Vereinigung der beiden Unternehmen. Die ersten Erfolge bestärkten das Vertrauen westdeutschen Kapitals zu den östlichen Verhältnissen. Die Reise des Oberpräsidenten v. Söpler im Oktober 1898 in den rheinisch-westfälischen Industriegebiet tat ein übriges. Es entstand die Waggonfabrik in Danzig, die von der Vereinigung Norddeutscher Waggonfabriken unter Führung des Geheimen Kommerzienrats van der Hppen ins Leben gerufen wurde und als einzige der damaligen Schöpfungen heute floriert. Unter Führung des Vorstanders Dr. Jordan-Giberfeld folgte die Gründung der Gesellschaft „Holsa“, die für industrielle Zwecke ein mehr als 600 Morgen umfassendes Gelände an der toten Weichsel aufkaufte und nach mehr oder weniger glücklicher Abwicklung dieser Terrainspulationen ihr Dasein abschloß. Nachdem inzwischen die Errichtung einer Schrauben-, Mutter- und Nietfabrik erfolgt, ein großes Holzbearbeitungswerk ins Leben gerufen war — alles Gründungen, die auch bereits große finanzielle Schwierigkeiten durchgemacht —, sollte zur Erzeugung und Verarbeitung von Stahl übergegangen werden.

Das war der Anfang vom Ende. Im August 1899 beschloß der Aufsichtsrat der Nordischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, nach Errichtung eines Siemens-Martin-Stahlwerkes auf der Holmsiel des Aktienkapital um 2 Millionen Mark zu erhöhen und ferner die Be-

schaffung einer Million Mark Obligationen in Aussicht zu nehmen. Mit dem Bau dieses Werkes wurde 1900 begonnen. Die Nordische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft änderte bei dieser Gelegenheit ihren Namen in Elektrizitäts- und Stahlwerke-Aktiengesellschaft. Insgesamt wurden in den vier Jahren von 1896 bis 1900 etwa 15 Millionen Mark in neuen Unternehmungen festgelegt. Es kamen nun die großen Bankkrache, von denen besonders der Dresdener Krach die Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke schwer betraf und mit sich gerissen hätte, wenn es Herrn v. Söpler damals nicht gelungen wäre, Staatshilfe und Privatkapitale herbeizuschaffen, die Stadt Danzig zu interessieren. Doch der Niedergang war nicht mehr abzuwenden, sondern nur auszuhalten. Ungünstige Geschäftslage, schlechte Absatzverhältnisse u. s. w. schufen immer tiefere Unterbilanzen, die notdürftig überbrückt wurden.

Dieses Werk, das von Staat und Kommune gespeist wurde, hat jomit einen tragischen Abschluß gefunden. Selbst das Geschenk von 1 400 000 Mk. von den Verbänden der Eisenbahn-Waggon-Vereinigung und der Radfabrik-Vereinigung (für Eisenbahnräder) konnte den Krach nicht verhindern. Diese Sicherungsmaßnahme ist deshalb charakteristisch, weil allgemein bekannt ist, daß ein Kapitalist sein Geld nie zum Fenster hinauswirft, auch dann nicht, wenn ein Werk, wie das Nordische Stahlwerk, sein Entstehen der Anregung des Kaisers zu verdanken hat. Die Herren wollen Profit haben. Und der blieb denn auch nicht aus. Die Herren zahlten an das Danziger Stahlwerk 1 400 000 Mk., dafür erhielten sie die Gegenleistung, daß der preussische Staat mit ihnen einen Vertrag abschloß. Auf fünfzehn Jahre hinaus sollten die „edlen Spender“ zu hohen Preisen auf Kosten der Steuerzahler so viel Waggon und Eisenbahnbedarfartikel liefern, daß sie die 1 400 000 Mk. neben dem sonstigen Profit wieder herauschlagen. Auch der Stadtfiskus Danzigs wurde zur Hilfeleistung herangezogen, eine Viertelmillion Mark städtischer Gelder wurde in dem spekulativen Unternehmen „verrentet“. Das Kapital und die Zinsen sind nun verpulvert, 500 Arbeiter sind brotlos geworden in der tauben Wintersonne. Nicht einmal der Lohn konnte den Arbeitern am letzten Lohn-tag ausbezahlt werden. Die großen Hypothekengläubiger, an ihrer Spitze die Staatsregierung (die Preussische Seehandlung), sollen nun befreit sein, zu retten, was aus dem Kladderadatsch noch zu retten ist, den Betrieb einzelner Abteilungen (Gießerei und Schmiede) aufrechtzuerhalten, um einer vollständigen Entwertung vorzubeugen.

### Der vierte Agitationsbezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1906.

Die Zeitung unseres Verbandes für den vierten Bezirk, der das Königreich Sachsen, das Herzogtum Sachsen-Altenburg und die Verwaltungskreise Gera, Greiz und Jorgau umfaßt, hat über die Mitgliederbewegung, die Beitragsleistung und alle Unternehmungen dieses Bezirkes im Jahre 1906 eine Zusammenstellung gemacht. Daraus ist zu ersehen, daß der Bezirk Ende 1906 67 Mitgliedschaften mit einer Mitgliederzahl von 47 481 hatte. 11 Mitgliedschaften weisen zusammen einen Rückgang von 264 Mitgliedern auf, denen aber 46 mit einem Zuwachs von zusammen 10 434 gegenüberstehen, so daß eine Gesamtzunahme von 10 170 im Jahre 1906 zu verzeichnen ist. 1905 betrug die Zunahme 7912 Mitglieder.

Seit der Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters, die im Jahre 1903 erfolgte, hat sich die Mitgliederzahl um 30374 erhöht. Die Zunahme im vorigen Jahre war in den einzelnen Quartalen sehr verschieden. Im ersten Quartal, in dem bekanntlich die Unternehmungen Sachsens mit ihren Aussperrungsplänen einen Teil der bis dahin in Indifferentismus lebenden Arbeiter aufgeschreckt hatten, war die Zunahme am stärksten. Sie betrug 4706. Daraus erhellt man, daß die Scharfmacher ein Teil von jener Kraft sind, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Im zweiten Quartal betrug die Zunahme 2904, im dritten, in dem bekanntlich die Beiträge in der Höhe von 25 Pf. die Woche erhoben wurden, war die Zunahme am geringsten, sie betrug nur 331, während sie im vierten Quartal wieder auf 2329 stieg.

Nicht zuletzt war es das brutale Verhalten der Scharfmacher in Sachsen, das die Aufwärtsentwicklung unserer Organisation 1906 außerordentlich begünstigte. Aufgenommen wurden insgesamt 21990 neue Mitglieder. Ausgeschlossen sind 10108. Wenn wir die Zahl der Ausgeschlossenen betrachten, so drängt sich ohne weiteres jedem die Pflicht auf, in Zukunft auf die Erhaltung der bereits gewonnenen Mitglieder mehr Sorgfalt zu verwenden.

6849 Zugereiften stehen 8561 Abgereifte gegenüber, so daß 1712 mehr ab- als zugereift sind. Rechnet man diese Zahl zu der hinzu, um die sich die Mitgliederzahl im vorigen Jahre erhöhte, so ergibt sich eine Gesamtzunahme von 11892 Mitgliedern.

Wochenbeiträge wurden insgesamt 2116139 entrichtet. Das sind im Jahresdurchschnitt pro Mitglied 43,60 Beiträge. Trotz dieser Zahl werden jedenfalls die „Hirsche“ die Redensart von den „Jagenheften“ 300 000 Papierfolien in bezug auf den Gesamtverband nicht aufgeben. Erst erhalten sie von den „Jagenheften“ 200 000, jetzt von den „Jagenheften“ 300 000, um bei der Jahresrechnung immer wieder zu erleben, daß diese auch voll ihre Beiträge leisteten. Und gar nicht mehr lange werden sie zu warten brauchen, um ihren Lesern von den „Jagenheften“ 400 000 Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu erzählen. Die Zeitung des Gewerkschaftsbezirks der Maschinenbau- und Metallarbeiter vermeidet es ängstlich, eine Aufstellung über die Mitgliederbewegung, über Eintrittsgelder und Beitragsleistung im Gewerkschaftsbezirk der Öffentlichkeit zu überliefern. Warum? Jedenfalls, weil sie mit Sagen über die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbezirks operiert hat. Wie haben sich beide Verbände in den Jahren 1904, 1905 und 1906 im vierten Agitationsbezirk entwickelt? Der Gewerkschaftsbezirk hat um ganze 47 Mitglieder zugenommen, der Deutsche Metallarbeiter-Verband aber um 22 618. (Mit den 367 Mitgliedern, die der Gewerkschaftsbezirk der Maschinenbau- und Metallarbeiter hatte, und die nun übergetreten sind, zählte der Gewerkschaftsbezirk der Maschinenbau- und Metallarbeiter am 31. Januar 1904 im vierten Agitationsbezirk 2652 Mitglieder, am 15. Oktober 1906 aber nur 2699, also Zunahme in drei Jahren um 47.) Von den vielen „Übertritten“, die vom Metallarbeiter-Verband zum Gewerkschaftsbezirk erfolgt sein sollen, scheinen auf Sachsen nicht viele zu entfallen, sonst müßte doch schon deshalb eine Zunahme größer gewesen sein. Die „Übertritte“ scheinen also auch auf Sage zu beruhen. Dagegen ist es Tatsache, daß 1906 zum Deutschen Metallarbeiter-Verband im vierten Bezirk übergetreten sind: von freien Gewerkschaften Deutschlands 496, von ausländischen Metallarbeiterorganisationen 265, von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 179. Wenn von uns prognostiziert wurde, daß viele zum Gewerkschaftsbezirk übergetreten wären wie umgekehrt, wie stark müßte dann der Gewerkschaftsbezirk sein?

Zurzeit ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband im vierten Bezirk allein an Mitgliedern härter als der gesamte Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsbezirk der Maschinenbau- und Metallarbeiter in ganz Deutschland. Und trotzdem sind diese Leute zum Teil noch so naiv, auszusprechen: „Das 20. Jahrhundert gehört den Gewerkschaften.“ Die guten Leute werden einsehen müssen, daß sie verdammt schlechte Propheten waren. Trotz Anstellung einer Anzahl von Agitationsbeamten ist beim Gewerkschaftsbezirk absolut kein Fortschritt zu verspüren, man geht trotz aller Anstrengungen den Krebsgang. Verwunderlich ist das nicht, denn alle einflussreichen Leute müssen konstatieren, daß die Führer dieser Organisation gar nicht daran denken, ernstlich an die Ver-



finden, daß er sehr viel zutreffendes enthält. Die Agitation unter den Metallarbeitern ist bisher nicht so energisch betrieben worden, wie es durch die zunehmende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der Metallindustrie geboten erscheint. Auch in Berlin ist auf diesem Gebiet noch sehr viel zu verrichten. Ob aber eine Agitationskommission für Arbeiterinnen dem empfindlichen Mangel abhelfen könnte, scheint mir zweifelhaft. Wenigstens bin ich der Meinung, daß wir mit den Kollegen gemeinsam arbeiten sollen. Da ist es doch wohl richtiger, wenn in alle schon bestehenden Agitationskommissionen der Branchen, in welchen auch Kolleginnen tätig sind, weibliche Kommissionsmitglieder hineingewählt werden. In den Agitationskommissionen der einzelnen Bezirke müssen die Kolleginnen vor allen Dingen vertreten sein. Ob Männer, ob Frauen oder Mädchen: innerhalb des Verbandes sind wir Mitglieder und müssen als solche überall mitarbeiten. Überall als Gleichberechtigte und Gleichverpflichtete können wir aber nur mitarbeiten, wenn wir auch zugelassen werden zur Arbeit, wenn wir die Agitationsarbeit kennen lernen, die zu verrichten ist. Darum verlangen wir nicht eine Agitationskommission für alle Arbeiterinnen, sondern Arbeiterinnen in allen für sie in Betracht kommenden Agitationskommissionen und in allen Körperchaften der Organisation. Augenblicklich mögen wohl unsere Kolleginnen noch ein wenig zaghaft sein, sie trauen sich noch nicht so heraus, doch wird das anders werden, wenn sie erst an die Mitarbeit gewöhnt sind. Sie sollen daran denken, daß auch in den Fabrikbetrieben Männer und Frauen gemeinsam arbeiten. Doch auch unsere Kollegen sollen das nicht vergessen, auch sie sollen der Mitarbeit ihrer Kolleginnen nichts in den Weg legen, die im Interesse der gesunden Entwicklung unserer Organisation so sehr notwendig ist. Auguste Kadeit.

**Chemnitz.** Am 20. Februar traten 133 Arbeiter und 16 Arbeiterinnen der Webwaren- und Drahtwarenfabrik von Gebrüder Langer in Chemnitz-Altendorf in den Streik. Die Kolleginnen und Kolleginnen werden ersucht, Arbeitsangebote dieser Firma zurückzuweisen, um den Ausständigen den Kampf nicht zu erschweren. Alle Anfragen sind zu richten an Robert Krause, Chemnitz, Friß Reuterstr. 9.

**Deuz.** (Brügelstraße in der Gasmotorenfabrik Deuz.) Vor noch nicht langer Zeit wurde an dieser Stelle ein gewisser Herr Marck (Betriebsführer) wegen Mißhandlung eines Arbeiters, wegen seines verrückten Auftritts gegen die Arbeiter als eine mit Tropenkoller behaftete Person bezeichnet. Jeder Unbefangene glaubte, ja mußte annehmen, daß solche Brutalitäten die ersten, aber auch die letzten in der Gasmotorenfabrik sein würden. Mit Marck ist es nun, ob durch Druck von oben oder von unten, zu Ende gegangen. In dessen Stelle trat nun her ein anderer, wieder ein abgeandelter oder gegangener Marineoffizier. Herr Brand, Betriebsführer des allgemeinen Betriebs der Gasmotoren, ist es, der es wagte, einen alten, schon 20 Jahre dort beschäftigten, dort zum Invaliden gewordenen Maschinisten zu würgen und zu schlagen. Heute, die ein ganzes Leben in der Gasmotorenfabrik hinter sich haben, müssen sich von einem solchen Herrn mit „Alter Esel“, „Eselstisch“, „Schweinehund“, „...loch“ beschimpfen lassen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, war dies nicht das erstemal, daß Brand sich erdreiste, Leute tätlich anzugreifen. Die Verantwortung für die Mißhandlung ist darin zu suchen, daß das Licht auf drei oder fünf Minuten ausging. Nun sachkundigen Leuten wird übereinstimmend konstatiert, daß den Maschinisten auch nicht die geringste Schuld trifft. Nebenbei wollen wir mit einigen Worten die Zustände im Betrieb Brands schildern. Der Durchschnittsverdienst für alle ohne Ausnahme beträgt bei zehnstündiger Arbeitszeit für schwere, schmutzige und gefährliche Arbeit 4 bis 4,50 Mk. überstunden, Nacht- und Sonntagarbeit sind gang und gäbe. Eine Fluktuation herrscht in diesem Betrieb, wie in keinem anderen, besonders Heiser sind wegen der niedrigen Löhne nicht zu halten. Die Behandlung durch den stellvertretenden Meister ist auch eine schlechte zu nennen. Dieser Herr, der sich als streng christlich-katholischer Mann aufspielt, kann es mit seinem Christentum vereinbaren, andere Leute, die mit ihm gemeinschaftlich einen Afford vorarbeiten, um den ihnen rechtlich zustehenden Afford zu bringen. Jeder sorgt für sich, das ist sein Grundsatz. Christliche Nächstenliebe! Arbeiter der Gasmotorenfabrik! Wir glauben berechtigt zu sein, die Frage aufzuwerfen: Wie lange wollt ihr noch der Organisation fernbleiben? Wird es euch nicht an Hunderten von Vorständen recht deutlich gezeigt, daß ihr als einzelne machtlos dem Ausschreitum gegenübersteht? Glaubt ihr, daß eure Lage durch die Beschreibungen der Direktion gegenüber dem Arbeiterausschuß verbessert wird? Bei der feinerzeitigen Mißhandlung durch Marck wurde euch das heiligste Verprechen gegeben, solche Ungehörigkeiten sollten nie mehr vorkommen u. s. w. Würde oder könnte derartiges aber noch vorkommen, wenn ihr alle ohne Ausnahme organisiert wäret? Nie und nimmer! Deshalb, ihr Arbeiter, macht auf, organisiert euch, schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, damit wir mit vereinten Kräften solchen Draufgängern das Handwerk legen können.

**Düsseldorf.** Unter der Überschrift „Ein Zentrumsagitor!“ brachte die Düsseldorfische Volkszeitung den Sozialbeamten des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes eine Skizze, die für unsere Kollegen in Rheindahl-Weßfalen, die sich öfter mit diesem christlichen Felben herumslagen müssen, nicht uninteressant sein wird. Sie wissen danach wenigstens mit wem sie es zu tun haben. Die Düsseldorfische Volkszeitung schrieb also: „Wer kennt in Düsseldorf nicht Peter Broich, diese Leuchte der christlichen Gewerkschaften, den Zentrumsagitor? Vor dreieinhalb Jahren besand er sich noch im Lager der Opposition. Er wählte gegen die Köhner vom Zentrum und wählte die Silberhand. Anders heute. Er hat sich bekehrt, gerührt sogar. Broich ist heute Zolanhänger und nennt jeden einen Schwindsler, einen roten Himpelwürger, der etwa Broichische Argumente von 1903 gebrauchen sollte. Seine Begeisterung für Zentrum, Zoll, Steuer-, Kolonial- und sonstige Politik geht so weit, daß er sozialdemokratischen Flugblattverleumdungen, die Flugblätter abnimmt und in sozialdemokratischen Versammlungen redet, anderthalb Stunden lang für Wahrheit und Recht. Er ist aber auch der Mann dazu, für die Zentrumsidee zu kämpfen. Herr Kirch kann stolz sein auf seinen Schildknappen. Wir wollen unseren Lesern einige kleine Charakterzüge aus dem Leben dieses Streikers gegen die Sozialdemokratie mitteilen; es ist ganz gut für uns, wenn wir die auch kennen, welche gegen uns zu Felde ziehen. Anlässlich der Belberter Ausperrung hielt Broich eine Rede, welche jedem Anarchisten alle Ehre gemacht hätte. Er verglich die Unternehmer mit den Wölfen, die im Tierreich dasselbe seien, wie der Unternehmer im Wirtschaftsleben. Etliche Wochen später ließ Peter Broich mit Herrn Direktor Zegeier von der Firma de Fries & Cie. in der Versammlung an einen Tisch. Man hatte die Direktion eingeladen, denn es handelte sich darum, den Metallarbeiter-Verband zu bekämpfen. Da erinnerte Genosse Donzbach an den Ausstand in Belbert, der doch zu dem heutigen Verhalten gar nicht passe. Was tat Broich? Nun, er bekräftigt entschieden, einer derartigen Ausperrung getan zu haben. Man denke, er tat ihr vor 400 bis 500 Zuschauern. Als er später noch einmal daran erinnert wurde, meinte er: Ich will den Tod an meiner Zigarre rauchen, wenn ich so etwas gesagt habe. Erst kürzlich stellte Peter Broich die Unternehmer wieder mit Zuchthäusern auf eine Stufe (Versammlung bei Grove), nur der Unterschied sei vorhanden, daß der Unternehmer in Gold sitze und der Zuchthäuser in Eisen. In einer hierigen, von 120 Personen besuchten Fabrikversammlung erklärte Peter Broich dem Unternehmer gegenüber den Unterschied für gerechtfertigt. Jäter und Ziegler vom Hirsch-Lunderthierer Gewerbeverein gegenüber erzählt Broich einmal, er habe sich ein neues Fahrrad gekauft mit ein Jahr Garantie. Wenn das Jahr bald herum sei, dann bestorge ihm ein Bekannter in dem Geschäft ein paar ganz verchiffene Gummiradnuten, diese mache er auf das Rad, gehe dann zum Fahrradhändler und verlange unter Berufung auf ein Jahr Garantie ein paar neue. Er habe dann zwei Gummiradnuten, so müsse man es machen. Broich behauptete einmal, Genosse Jäter habe in Peerd in einer Versammlung genau wie Gemoll in Wien gesagt: Ein Streik der 14 Wochen dauerte und verloren gehe, sei ihm lieber wie ein solcher, der 14 Tage dauerte und gewonnen werde. Jäter bekräftigt das, mehrere Versammlungsleiterinnen ebenfalls. Daraufhin erschien im Lagesblatt eine Erklärung mehrerer

christlicher Arbeiter, wonach Jäter den Ausdruck doch getan habe. Diese Erklärung mit den Unterschriften war gefälscht. Wer hätte die Unterschriften gefälscht? Man erkundige sich bei Peter Broich. Anlässlich einer Unterredung mit dem Direktor der Firma de Fries & Cie. erzählte Broich diesen, daß er in Amerika gewesen sei. Der Direktor war auch dort und fragte Broich, wo er denn gearbeitet habe; dieser nannte verschiedene Stellen, zuletzt eine Hutfabrik und meinte dann, diesen Hut, den er jetzt trage, habe er sich selbst in Amerika gemacht. Den Hut hatte Broich in Düsseldorf gekauft! Als in einer Fabrikversammlung der Firma Schwarz der Genosse Donzbach meinte, die Christlichen hätten gar nicht die Absicht gehabt, die Formverbewegung mitzumachen, da Broich am 10. März in Belbert in einer Versammlung das Gegenteil gesagt habe, sprang Broich auf und nannte Donzbach einen infamen Lügner und Verleumder. Er sei wieder am 10. März noch überhaupt in der letzten Zeit in Belbert gewesen. Donzbach klagte und vor Gericht mußte Broich zugehen, daß er am 10. März in Belbert war. Er hat also wieder besseres Wissen erklärt, er sei nicht in Belbert gewesen und seinen Gegner infamen Lügner und Verleumder genannt. Er wurde zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das mag vorläufig genügen. Die Unehrlichkeit Broichs trat auch bei anderen Gelegenheiten wiederholt in die Erscheinung. Er ist mehrfach bei Differenzen mit den Fabrikanten, wo ein gemeinschaftliches Vorgehen beschlossen war, hinter dem Rücken seiner Kontrahenten vorstellig geworden. Dieser Mann ist christlicher Führer, redet über kirchliche Moralgrundsätze und ähnelte Dinge. Als Agitator der Zentrumspartei geht er in sozialdemokratische Versammlungen, redet und schwindelt das Blaue vom Himmel herunter und nachdem er gegen anderthalb Stunden geredet hat, fordert er seine Zuhörer auf, mit ihm das Lokal zu verlassen, um der Antwort des Gegners aus dem Wege zu gehen. Das ist Peter Broich, der Zentrumsagitor; der liebe Gott möge ihn dem Zentrum noch lange erhalten.“

**Duisburg.** Ein erfreuliches Bild gewerkschaftlichen Aufschwunges bot die am 17. Februar abgehaltene Generalversammlung unserer Verwaltungstelle. Der Bevollmächtigte, Kollege Hert, gab zunächst einen allgemeinen Bericht über die im Jahre 1906 geleistete Arbeit, dabei betonend, daß es uns trotz unerer im Verhältnis zur hiesigen Metallindustrie kleinen Mitgliederzahl gelungen sei, in verschiedenen Betrieben Verbesserungen für die Metallarbeiter herauszuschlagen. Durch die Verschmelzung der früheren Verwaltungsstellen Stodum war es möglich, einen Geschäftsleiter anzustellen, wodurch ein besseres Arbeiten möglich geworden wäre. Kollege Martin gab dann zunächst einen ausführlichen Bericht über unsere am Orte tätigen hiesigen Bewegungen, die alle mit einem Erfolg für die beteiligten Arbeiter abgeschlossen hätten. Anschließend daran folgte der Kasienbericht. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Einnahmen: Kasienbestand am 1. Januar 1906 1175,59 Mk., 879 Beitrittsgebühren à 50 Pf. = 439,50 Mk., 31.282 Beiträge à 50 Pf. = 15.641 Mk., 7830 Ertzebeiträge à 25 Pf. = 1957,50 Mk., Summa 19.133,59 Mk. Ausgaben: Kassegehalt 1188,60 Mk., Umzugsunterstützung 539 Mk., Krankenunterstützung 1220,20 Mk., Arbeitslosenunterstützung 98 Mk., Streikunterstützung 79,70 Mk., Unterstutzung in Notfällen 40 Mk., sonstige Ausgaben 668,60 Mk., 20 Prozent der Beiträge an die Lokalkasse 3128,20 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 11.400 Mk. Kasienbestand am 1. Januar 1907 876,29 Mk. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse betragen 6425,07 Mk. An Lokalunterstützung wurden 308,90 Mk. ausgegeben. Der Kasienbestand hier von 486 Mk. am Jahresabschluss 1905 auf 1432,39 Mk. am Jahresabschluss 1906. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1906 393, am 31. Dezember 1906 1024, so daß, abgesehen von den 162 Mitgliedern, die der früheren Verwaltungsstelle Stodum angehörten, eine Mitgliederzunahme von 469 zu verzeichnen ist. Mitgliederversammlungen fanden 38 statt, Branchenversammlungen 12, öffentliche Versammlungen 5, Vertrauensmännerversammlungen 12, Werkstättenversammlungen 61. Wenn wir nun das vergangene Jahr überblicken, dürfen wir wohl ruhig behaupten, daß ein ganz schöner Erfolg erzielt wurde. Dies dürfte uns aber nicht abhalten, führte Kollege Martin aus, noch mehr als bisher unsere Kraft einzusetzen, um auf der beschränkten Bahn fortzuarbeiten, denn was wolle es heißen, wenn bei circa 25.000 Metallarbeitern, die in unserem Bezirk vorhanden sind, erst 1000 sich unserer Organisation angeschlossen hätten. Von verschiedenen Rednern wurde gewünscht, daß der Hauptvorstand mehr als bisher sein Augenmerk gerade auf den hiesigen Bezirk richten möge, da die gegenwärtigen Organisationen gerade hier einen Etat von Beamten hätten, wodurch es denselben möglich wäre, besser zu arbeiten als wir. Kollegen von Duisburg, aus vorstehendem könnt ihr ersehen, daß es uns gelungen ist, unsere Position bedeutend zu verbessern. Das muß aber dem einzelnen nur ein Ansporn sein, seine ganze freie Zeit in den Dienst der Organisation zu stellen. Sehen wir uns doch die Verhältnisse hier an. Obwohl unser grauenhafte Mißstände herrschen in den hiesigen Gewerbebetrieben. Diese Mißstände abzumachen ist unsere heiligste Pflicht. Das kann aber nur dann geschehen, wenn wir versuchen, immer mehr neue Kämpfer für unsere gerechte Sache zu gewinnen und wenn wir diese zu tüchtigen Mitarbeitern heranbilden. Deshalb, Kollegen, an die Arbeit! Jeder nach seiner Art, damit uns dieses Jahr noch bessere Fortschritte als das vergangene bringt. Vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Erfolgen.

**Mercane.** Seit langer Zeit sucht die Maschinenfabrik von Ostler Mößler in allen möglichen Zeitungen Schloffer und Dreher. Wenn sich einmal ein vorzüglicher Kollege, der gemüßt ist, hier Arbeit anzunehmen, vorher an die Firma wegen der Lohnverhältnisse wendet, so erhält er gewöhnlich den Bescheid, daß für ältere, militärfreie Leute ein Stundenlohn von 82 Pf. bezahlt wird und für Arbeiter jüngerer Alters ein solcher von 26 Pf. Damit es niemand Angst werden soll, verprießlich man aber, daß meistens in Afford gearbeitet und wenigstens 20 Mk. pro Woche verdient werden. Obwohl der verprießene Lohn schon an und für sich als ganz schlecht bezeichnet werden muß, sehen sich die Arbeiter schon beim ersten Lohntag bitter enttäuscht, denn es wird in den seltensten Fällen der Betrag von 20 Mk. erreicht; gewöhnlich beträgt der durchschnittliche Wochenverdienst kaum 15 Mk., ja, es sind auch Fälle zu verzeichnen, wo nur 9 Mk. verdient worden sind. Es kommt sehr oft vor, daß man Arbeiter, die man aus Gott weiß welcher Gegend hierher gelockt hat, nach kurzer Zeit wieder auf's Plaster wirft, getreu dem Grundsatz: Wer sich nicht fügt, der schießt! Aber nicht etwa nur mit fremden Arbeitern macht man es so, nein, auch alte erfahrene Arbeiter bleiben nicht verschont. Vor kurzem wurde ein Arbeiter entlassen, der schon 16 Jahre in diesem Betrieb beschäftigt war. In dem mitgegebenen Fremdzettel wünscht man ihm zu seinem ferneren Fortkommen viel Glück und Segen, und schreibt, daß er 16 lange Jahre zur vollen Zufriedenheit des Geschäftes tätig gewesen ist. Wegen vorzunehmender Veränderungen sei man gezwungen, ihn zu entlassen. In Wahrheit ist es aber anders. Schon seit langer Zeit werden in einseitiger Lohnreduzierungen vorgenommen; und das nun rationeller betreiben zu können, schafft man sich die alten Leute vom Halbe und versucht, es mit neuen Leuten besser durchzuführen zu können. Dieses gab der Herr Mößler dem Arbeiterausschuß ohne weiteres zu, indem er frei heraus sagte: Ich kann mit meiner Fabrik nicht mehr ganz verzeuern und muß aus diesem Grunde noch mehr hinarbeiten. Bei dieser Gelegenheit gehen ihm einige Beamte, die es sich zur höchsten Aufgabe gemacht haben, die Arbeiter zu drücken, freilich zum Hand. Auch sonst bestehen überall, was man auch annimmt, schlechte Verhältnisse. Es fehlt an jeglichem Garderobearaum. Wenn sich die Arbeiter ausziehen, so sind sie gezwungen, die Kleider zum Teil direkt auf den Fußboden zu legen, da nicht einmal immer ein Nagel vorhanden ist. Dasselbe ist es mit der Sitzgelegenheit. Wer sich in der Frühstücks- und Mittagspause zum Essen setzen will, findet sich eine alte Kiste, und wer diese nicht erweichen kann, setzt sich entweder auf seine Feilbank, Hobel- oder Drehbank oder direkt auf den kalten Stielboden. Jrgend welche Waschgelegenheit fehlt ebenfalls gänzlich. Die Schleiferei befindet sich in einem äußerst schlechten Zustand. Diese gleich eher einem Stalle als einem Arbeitsraum, was für die Geschäftsleitung auch bekannt ist, denn bei jedem Besuch eines Beamten von der Gewerbeinspektion wird die Schleiferei kurz vorher verschlossen und verriegelt, so daß sich ja niemand darin umblicken kann. Die Dreherei befindet sich in einem Raum, der früher zu einer Fabrik gehörig hat, sie steht aus wie eine Felshöhle, nur

daß die einzelnen Fächer ausgemauert sind, ohne Decke, ohne Rauchabzug, ohne Heizung, wenigstens was man eine solche nennen kann. Überdies — es ist eine Dampfheizung da. Die Dreherei ist ungefähr 160 Quadratmeter groß. Als Heizung ist in diesem Räume ein circa zwei Meter langes Nippenrohr angebracht, mit gegen vier Meter Zu- und Ableitung von euzylindrigem Gasrohr. Durch dieses Rohr geht alle Tage eine halbe Stunde der Dampf, aber nicht etwa der direkte Hitzedampf, nein, erst geht dieser durch andere Abteilungen des Betriebes bis zur Tischlerei. Und wenn in dieser nun nicht gerade Leim zu kochen ist, ist überhaupt Schluss. Man glaubt vielleicht, die Arbeiter könnten einatmen vor Wärme. Bei der jetzt herrschenden Kälte ist es ja unmöglich, in dieser Hölle zu arbeiten. Herr Mößler ist aber ein fürsorglicher Herr; hat er da bei einem Aufseherhändler einen alten Blechkasten gekauft mit einigen Löchern auf dem Boden, und diesen sollen die Arbeiter als Kofektor benötigen. Da nun ein solches Ding nicht so leicht brennt, wenigstens nicht mit Kohle, so wurde ein großes Holzfeuer in die Hölle gemacht. Es wurde zwar nicht warm davon, aber erstickt sind die Arbeiter bald davon, denn Ventilation gibt es nicht, höchstens einige verachtliche Fenster. Der Fußboden gleicht einem Steinbruch, und wundert sich die Arbeiter, daß noch niemand die Beine gebrochen hat. Es ist verwunderlich, daß von solchen Zuständen bis jetzt die Gewerbeinspektion noch keine Kenntnis erhalten hat, um da einmal Einhalt zu gebieten. Es würde von den Arbeitern freudig begrüßt werden, wenn man sich einmal ernstlich darum kümmern wollte. Vielleicht tragen diese Feilen etwas zu dazu bei. Die Affordblöcke sind hier etwas bessere als in der Schlosserei, wo die sanitären Verhältnisse dafür um eine Meile weiter sind. Von den älteren Arbeitern, welche schon lange Jahre im Betrieb tätig sind, wird nun allerdings in Afford ein einigermaßen annehmbarer Lohn verdient, jedenfalls deshalb, weil sich diese an den ganzen Bruch schon gewöhnt haben und die kleinsten Vorteile auszunutzen verstehen. Wer nun wirklich einmal etwas verdient, der bekommt für die über 22 Mk. verdiente Mark 25 Pf. abgezogen, welche der betreffende Arbeiter nun aber nicht etwa ausgebeht bekommt, wenn er wenig verdient hat, nein, diese 25 Pf. fließen ungeniert in die Taschen des Unternehmers. Es ist dies ein ganz schöner Nebenverdienst, denn es beträgt dieser Abzug zeitweise 2 bis 4 Mk. pro Woche, was der Arbeitgeber für sich einheimst. In letzter Zeit verjuchte man sein Heil auch mit schlechtem Material, was ja bedeutend billiger ist als gutes. Der Arbeiter hat aber doch den meisten Schaden davon. Die Arbeiter haben sich nun endlich aufgebracht und sind fest gewillt, keine weiteren Verschlechterungen eintreten zu lassen. In einer fastgehenden Werkstättenversammlung beschloß die Arbeiter, über diesen Betrieb die Sperre zu verhängen, um es Herrn Mößler unmöglich zu machen, weitere Lohnrücker heranziehen zu können. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Haltet fest zu eurer Organisation, denn nur dadurch könnt ihr euch bessere Zustände erkämpfen. Zugang von Schloßern, Drehern und Schmieden ist streng fernzuhalten.

**Mülheim a. Rh.** (Arbeiterausschußwahl.) Wie in früheren Jahren, so wurden in den Arbeiterausschuß auf der Schiffswerft von Gebrüder Sachenberg auch in diesem Jahre nur organisierte Leute gewählt. Am Tage vor der Wahl ließ die Direktion den Arbeitern zu wissen tun, daß „man“ den neuwählenden Arbeiterausschuß nur dann anerkennen, wenn auch ein Unorganisierter gewählt würde. Diese Unvernunft ließ man durch Anschlag in der Fabrik bekanntmachen, was allgemeine Entrüstung bei den Arbeitern hervorrief. Von 123 dort beschäftigten Arbeitern sind 103 organisiert. Ohne Rücksicht darauf, ob der Ausschuss anerkannt werde oder nicht, sind die Mitglieder des alten Ausschusses mit 108 und noch mehr Stimmen wiedergewählt worden. Die Unorganisierten (Selben) vereinigten auf ihren Unternehmerhandlanger ganze 18 Stimmen. Wie könnte auch eine organisierte Arbeiterschaft eine vom Unternehmer gewünschte oder verlangte Kreatur zum Arbeiterausschussmitglied wählen! Ein Arbeiterausschuß, der den wirklichen Namen verdient, muß aus Leuten zusammengesetzt werden, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter besitzen und die durch mutiges, ruhiges und bejohntes Vorgehen auch deren Interessen vertreten. Das sollte sich die Direktion der Schiffswerft merken. Der Arbeiterausschuß ist jederzeit eingeseht worden, weil man die Klagen der Arbeiter nicht in der Presse haben wollte. Dank der guten Organisation hat sich der Ausschuss demäßig zu einem wirksamen Instrument der Arbeiter entwickelt, deshalb ist er der Firma etwas unangenehm geworden. Wenn nun die Direktion auf den Ausschuss verzichten zu können glaubt, dann bleibe den Arbeitern nichts anderes übrig, als die Mißstellung aller Mißstände durch die Presse vorzuschlagen. Denn daß sich die Arbeiter wegen Nichtanerkennung des Ausschusses provozieren lassen, glaubt doch wohl die Direktion der Schiffswerft selbst nicht. Es wird nämlich stark vermutet, man wolle die Arbeiter in einen Streik treiben, um dadurch die Lieferungsfrist für einen für die königliche Regierung im Bau befindlichen Dampfer, der bis zum 1. April fertig sein soll, aber beileibe bis zum fraglichen Termin nicht fertig wird, verlängert zu erhalten. Arbeiter der Schiffswerft, laßt euch durch nichts provozieren.

**Düsseldorf.** Das erste Tausend! Mit Freude und Stolz blicken die Düsselbrücker Metallarbeiter auf das letzte Jahr zurück. Sind doch unsere frühesten Erwartungen noch übertraffen worden. Unsere Verwaltungstelle hat seit wenigen Tagen tausend Mitglieder und nun ist diese Zahl bereits überschritten. Wenn dies vor einem Jahre einer behauptet hätte — ein mißdienliches Lächeln würde man für den Optimisten übrig gehabt haben. Das Düsseldorfische Stahlwerk mit seinen 1700 Metallarbeitern stellt das Hauptkontingent der Metallarbeiter an Ort. Und was es bedeutet, bei den Geschlechtern der Betneteten das Klassenbewußtsein zum Erwachen zu bringen, können wohl die am besten beurteilen, die in derartigen Industriezentren tätig sind. Unterhalb Jahrzehnte konnte es die Verwaltungstelle nicht über 100 Mitglieder bringen, ebenfolange konnten die Industriellen ungeniert Riemen aus der Haut der Arbeiter schneiden. Wie die Schloßbarone die Interesselosigkeit der Arbeiter auszunutzen wußten, davon können die Arbeiter ein Gedenken fingen. Nur wenige sind von denen noch vorhanden, die als Pioniere gelten, und was diese an Erinnerungen aufgespart haben, sei hier kurz wiedergegeben. Im Jahre 1889 gründete man, dem Beispiel anderer Städte folgend, den Fachverein der Metallarbeiter. Die Mitglieder waren: größtenteils in der Bahnwertstätte beschäftigt. Im Jahre 1890 folgte die Gründung des Fachvereins der Former. Nach Gründung des Verbandes lösten sich am 19. Juni 1891 beide Vereine auf und traten 50 Mann stark dem Verband bei. Im Jahre 1892 erregte sich die junge Organisation einer rührenden Lustbarkeit der Polizei. Die Schweißerei erregte sich bis in die Fabriken hinein. Das Ergebnis war eine Anlage wegen Nichteinreichung der Mitgliederlisten, der Protest wurde bis zur Reichsgerichtsentcheidung duragesprochen. Das Resultat war eine Verurteilung zur Strafe und Kosten in der Höhe von 360 Mk. Von dieser Zeit an ging es mit der Organisation bergab. Um diesem Umstand abzuhelfen, beschloß die Former im Jahre 1894, eine Sektion für sich zu gründen. Dies hatte aber zur Folge, daß die allgemeine Sektion noch mehr zurückging und nur dem Namen nach noch existierte. Bestand doch die Verwaltung lange Zeit nur aus einer Person. Damit das kleine Gäßlein nicht ganz verschwindet, beschloß die Formeraktion im Jahre 1898, sich wieder damit zu verschmelzen. Im dritten Quartal 1902 überschritt man endlich das erste Tausend, bis zum vierten Quartal 1903 stieg die Mitgliederzahl auf 200, fast aber im Jahre 1904 durch Abtrennung der Zweigstelle Muthensfelde und ihrer Angliederung an Wieselhof auf 130. Jetzt regten sich auch die Arbeiter der Gasuhrenfabrik von Krauswieser, einige 30 Mann davon schlossen sich dem Verband an. Als die nationalliberalen Größten davon Wind bekamen, wurde im Betrieb eine allgemeine „Reinigung“ vorgenommen, wer nicht durch Unterschrift seinen Austritt aus der Organisation bestätigte, konnte sich in ganz kurzer Zeit das Fabrikat vor Augen ansehen. Doch auch hier galt das Sprichwort, daß verbotene Früchte am besten schmecken. Die Arbeiter, denen endlich die Augen aufgegangen waren, keßen es sich nicht nehmen, von der verbotenen Frucht zu naschen, so daß sich der Mitgliederbestand am Ende des Jahres 1905 auf 233 belief. Doch immer noch schließ die große Masse der Metallarbeiter den Schlaf des Gerechten. Plötzlich aber wurde ein Arbeiter entlassen. Diesmal a-g die Entladung von der Firma Ockmann aus. Das



der Herr im eigenen Hause" bleiben zu wollen, ein Standpunkt, der nicht nur in moralischer Hinsicht, sondern auch in tatsächlicher Hinsicht unbegründet sei, denn in vielen großen Werken könne bei der heutigen Entwicklung der Großindustrie, bei dem Überhandnehmen der Preise und die Produktion diktierenden Kartelle und Syndikate, vom "Herrn sein im eigenen Hause" ohnedies nicht mehr die Rede sein. Der schroffe Grenzstandpunkt der Unternehmer müsse deshalb überwunden werden. Überdies gehe das Streben der Arbeiterorganisationen ausschließlich nur auf das Mitbestimmungsrecht in bezug auf Arbeitszeit, Löhne und dergleichen, Fragen, an denen die Arbeiter als Verkäufer ihrer Arbeitskraft unmittelbar interessiert sind, während aber in technischen und anderen Dingen der Unternehmer nach wie vor der "Herr im eigenen Hause" bleiben kann.

Neben der Erziehung der Unternehmer zu verständigem sozialen Denken, müsse — fuhr Redner fort — Hand in Hand gehen die Erziehung der Untertanen (Wertmeister und dergleichen), die auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse in den Betrieben meist nicht ohne Einfluß seien. Von den deutschen Gewerkschaftsführern hoffte Dr. Schwanhäuser, daß sie eifrig bestrebt sein werden, sich auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens Kenntnisse zu verschaffen. Religion und Politik gehörten nicht in die Gewerkschaften, aber der Vortragende war der Überzeugung, daß es für den Unternehmer kein Grund zur Nichtanererkennung einer Organisation sei, wenn deren Mitglieder zum großen Teile der Sozialdemokratie angehören, ebenso wenig wie sich die Arbeiter um die politische Überzeugung des Unternehmers kümmern.

Die Schuld, daß sich in Deutschland die sozialen Kämpfe immer mehr verschärfen, liegt nach der Überzeugung des Redners auf beiden Seiten, aber er müsse schon sagen: mehr auf Seiten der Unternehmer! Diese nähmen sich vielfach nicht die Gelegenheit, sich über das Fortschreiten der Zeit auf dem Laufenden zu halten. Der vom Vortragenden erwähnte "soziale Friede" werde erst dann einmal zur Verwirklichung gebracht werden können, wenn Unternehmer und Arbeiterorganisationen gelernt haben, ruhig und sachlich miteinander an einem Tische zu sprechen. Er müsse aber gestehen, daß er die Erfahrung gemacht habe, daß die Arbeiterführer bei friedlichen Verhandlungen oft mehr Zakt gezeigt haben als manche Unternehmer.

An der Diskussion beteiligte sich ein Herr Grünthal von den Hirsch-Dunderscher Gewerbevereinen, dessen eindrucksvolles Schlußwort der freien Gewerkschaften zu vierfünfteln ein verweisendes Ringen nach einem Schlußse bildete. Ferner beteiligte sich an der Debatte Genosse Dr. Braun, der den Standpunkt der modernen, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften vertrat, was zu einer lebhaften Aussprache führte.

In seinem Schlußwort behandelte Herr Dr. Schwanhäuser noch die Streikbrecher, die nach seiner Überzeugung Leute mit mangelndem Verständnis sind. Allerdings seien sie ihm bei einem Streik in seiner Fabrik nützlicher als die Streikenden, aber er nehme es niemand übel, wenn er auf die Streikbrecher mit einer gewissen Verachtung herablicke. Nur wünsche er, daß es bei der Verachtung bleiben und nicht zu direkten Beschimpfungen kommen möge. Im übrigen bedauerte der Vortragende mit dem Genossen Braun, daß sich die Unternehmer von solchen Vorträgen in Sozialwissenschaftlichen Vereinen fernhielten. Er hoffe aber, daß die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen immer mehr zur Vernunft kommen werden.

Die Ausführungen des Herrn Dr. Schwanhäuser hören sich allerdings viel besser an als die Tiraden der Scharfmacher. Man kann ja von ihm nicht verlangen, daß er aus seiner Unternehmervornahme herausfahren soll. Es scheint aber doch, daß er nicht ohne Nutzen Nationalökonomie studiert hat. Die Reklwitz und Genossen werden freilich böse über ihn herfallen.

**"Nützliche Elemente."**

Bei dem vorjährigen Streik in der Motorenfabrik "Union" in Nürnberg haben bekanntlich viele Leute ihre im Fabrikbetriebigen Sinne staatsverhättnisgemäße Tätigkeit ausgeübt. Einer von diesen Scharfmacherhelfern, namens Andreas Held, ist dieser segensreichen Tätigkeit von der Staatsanwaltschaft mit rauher Hand entzogen worden, nachdem das Landgericht Nürnberg ihn wegen großer Schwindeltaten zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt, während sein ehrenwerter Bruder, Georg Held, als kleinerer Teilhaber an dem Betrag auf 1 Monat in Staatspension ging. Diese beiden Herren Arbeitswilligen hatten bei der Polizei angezeigt, daß sie am Morgen des 2. August v. J. in der Weissenau von drei Schreibern auf Verabredung überfallen und gemeinschaftlich verhauden worden seien.

Gleich in der ersten Verhandlung am Schöffengericht Nürnberg stellte sich heraus, daß die Anzeige gegen einen der drei Beschuldigten völlig grundlos und falsch war, so daß sofort dessen Freisprechung erfolgen mußte. In der zweiten Verhandlung erschienen die Beschuldigten der Gebrüder Held auch gegen die beiden anderen Angeklagten verurteilt, daß eine Urteilsfällung unmöglich und die Ladung weiterer Zeugen notwendig war. In der dritten Verhandlung nur war das Fräzko der Anklage vollständig. Nicht nur, daß die Aussagen der Gebrüder Held den Aussagen der zahlreichen übrigen Zeugen direkt gegenüberstanden — auch die Aussagen der Gebrüder Held als Kronzeugen gingen in allen Hauptpunkten direkt auseinander; aber beide, der Andreas und der Georg Held, schworen hoch und heilig, daß jeder nur die reine Wahrheit sage. Der eine bestritt seine Wahrheitsbetreibungen im Tone eines Klosterbruders, während der kleine, der Georg Held, den wilden Mann spielte, als er merkte, daß die Sache für ihn brenzlich zu werden begänne. Erst als ihm der Vorsitzende, Amtsrichter Roth, der sich im Interesse der Aufklärung des ungeheuerlichen Falles die größte Mühe gab, mit einer dreitägigen Ordnungstrafe drohte, wurde der Georg anständig. Beide Held blieben auf ihren eidlichen Aussagen stehen, obwohl der Amtsrichter sie wiederholt eindringlich auf die Folgen des Meineids aufmerksam machte. Der Amtsanwalt, der nie geneigt ist, Leuten, die sich als Streikbrecher nützlich machten, weniger Glauben zu schenken als anderen, erklärte, daß vor allen Dingen einmal die Aussage des einen der Brüder Held vollständig unwahr ist. Der Amtsanwalt stellte weiter fest, daß die von den Brüdern Held geschilderte Sachlage absolut unrichtig ist und daß von der ganzen Anzeige der Held nur das eine übriggeblieben ist, was der eine der Angeklagten von vornherein zugegeben hatte, nämlich daß der Andreas eine Ohrfeige bekommen hat, die sich aber nicht als schwere und gemeinschaftliche Körperverletzung qualifiziere, sondern als einfache leichte, wofür aber ein Strafantrag nicht gestellt ist. Der Amtsanwalt beantragte selbst Freisprechung der beiden Schreiner.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Süßheim, wies eingangs seines Plädoyers auf den offensichtlichen Meineid hin. Von allem Anfang an seien die Aussagen der beiden Held eine Kette von Unwahrheiten, die begann mit der falschen Anzeige bei der Polizei und mit jeder Vernehmung der Held immer länger wurde. Der Verteidiger wies ferner darauf hin, daß, nachdem der Andreas Held unlangst als erste Strafe gleich 1 1/2 Jahre erhielt, der Schwindler schon ein ganz außerordentlich großer gewesen sein müsse, es müsse deshalb im vornherein seinen Aussagen mit Vorsicht begegnet werden. Die Gefährlichkeit der Heldischen Zeugenangaben wird aber erst recht klar, wenn man bedenkt, daß die drei Angeklagten, hätten sie nicht aus Zufall eine ganze Reihe einwandfreier Zeugen aufgetrieben, auf Grund der sich jetzt als falsch herausgestellten eidlichen Aussagen der Gebrüder Held sicherlich zu einer nicht geringen Strafe verurteilt worden wären. Die Verteidigung beantragte Freisprechung der Angeklagten. Das Urteil lautete für den einen der Angeklagten auf Freisprechung, da ein Beweis gegen ihn nicht erbracht worden ist, gegen den anderen auf Einstellung des Verfahrens, da er nur des einen von ihm selbst zugegebenen Schlagschuldig sei, wofür aber ein Strafantrag nicht vorgelegt habe. In den Gründen heißt es: die Aussage des Andreas Held steht im Widerspruch zu den Aussagen des Georg Held. Allein dieser Widerspruch hätte schließlich zur Freisprechung nicht genügt, wenn nicht beide Heldischen Aussagen zugleich auch denen sämtlicher anderen Zeugen direkt gegenüberstünden würden. Die falschen Aussagen werden in einem anderen Verfahren behandelt werden.

**Noch einmal „nützliche Elemente.“**  
Unter der Spitzmarke „Belohnung für treue Dienste“ schreibt die bürgerliche Magdeburger Zeitung: „Wie wir erfahren, hat die „Elbe“, Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft in Hamburg, am 27. ihrer Bootskleute und Helger, die während des Ausstandes im Herbst vorigen Jahres treu und im Dienste lieben, jetzt Belohnungen von je 30 Mk. ausbezahlt, was gewiß Nachahmung verdient.“ Man sieht, wie gering das Unternehmertum und deren Verdienste die Ehre ihrer Hauszweier einschätzen. Dafür, daß diese Verrat an ihren Klassengenossen üben, erhalten sie soviel, daß es höchstens für ein paar kräftige Käufche langt.

**Ungültiges Streikpostenverbot.**

Bekanntlich kamen in Nürnberg im vorigen Jahre bei dem Streik in der „Union“ Kravalle vor, deren Urheber die Streikenden in die Schuhe geschoben wurde, als deren wahre Urheber sich später aber allerlei Gefindel entpuppte, das mit dem Streik gar nichts zu tun hatte. Der sehr freimüthige Magistrat hielt sich damals für verpflichtet, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen und ein allgemeines Verbot des Streikpostennehmens zu erlassen. Wegen Ubertretung dieses Verbot wurde ein Arbeiter vom Schöffengericht verurteilt, vom Landgericht aber freigesprochen, weil er gar nicht zu den Streikenden gehörte und nur auf einem Spaziergang an einer mit Streik überzogenen Kaufstelle vorübergegangen war. Der Staatsanwalt ergriff Revision beim Obersten Landgericht, da die Vorschrift des Stadtmagistrats lediglich strafpolizeiliche Zwecke verfolgte und auch ein nur zufälliges Auf- und Abgehen auf der Straße strafbar sei. Beim Obersten Gericht beantragte der Generalstaatsanwalt selbst die Verurteilung der staatsanwaltschaftlichen Revision, wobei er unter anderem ausführte, aus dem Inhalt der Vorschrift gehe nicht hervor, ob sie bloß vorübergehende Dauer haben solle, sonst hätte die Regierung sie für vollziehbar erklären müssen, das sei aber nicht geschehen, weshalb sie ungültig sei. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an. Auf Grund der Vorschrift, die also ungültig ist, sind Hunderte von Arbeitern verurteilt worden! In tristem Widerspruch dazu steht folgende Mitteilung aus Nürnberg, die wir der Münchener Post entnehmen: „Das Nürnberger Streikpostenverbot. Auf Grund des Nürnberger Streikpostenverbots, das vom Obersten Landgericht für ungültig erklärt wurde, weil die Vollziehbarkeitserklärung der Kreisregierung nicht eingeholt worden war, werden von Nürnberger Gerichten noch immer Urteile gefällt. Ein Maurer war vom Schöffengericht zu zwei Tagen Gefängnis wegen Streikpostennehmens verurteilt worden, wogegen er Berufung ergriff. Interessant ist, daß der Stadtmagistrat die Akten über das Verbot nicht herausgeben will. Schon das Schöffengericht hatte beschlossen, die Herausgabe der Akten zu verlangen, den Beschluß aber wieder aufgehoben, nachdem der Magistrat eine Erklärung abgegeben hatte. Auch die Strafkammer hatte einen solchen Beschluß gefaßt, ihn aber, als der Magistrat erklärte, „etwa gewünschte Aufklärung zu geben“, wieder aufgehoben. Als dann aber beantragt wurde, den Bürgermeister und den magistratischen Referenten als Zeugen zu laden, lehnte das Gericht diesen Antrag ab. Es hob das Urteil auf und erkannte auf zehn Mark Geldstrafe. Das Gericht wollte also die vom Magistrat angebotenen Aufklärungen gar nicht. Auch diesen Fall wird das Oberste Gericht entscheiden müssen.“ — Wie man sieht, treibt die bürgerliche Klassenjustiz wunderbare Blüten.

**Freigesprochenes Streikposten.**

Der Polizeinspektor von Herford war auf einen grandiosen Obankten verfallen, als ihm der Tischlermeister Schmidt, bei dem den ganzen Sommer durch gestreift wurde, sein Leid klagte über angelegliche Belästigungen durch Streikposten und ihm vorhielt, daß der Ruin des Geschäftes drohe. Der Herr Polizeinspektor verbot einfach dem Tischler Homeyer, der am Streik beteiligt war und öfter Streikposten stand, für die ganze Dauer des Streiks, sich in der Nähe der Werkstätte Schmidts aufzuhalten. Dies generelle Verbot ergänzte er noch dadurch, daß er Homeyer „unterlagte“, weiterhin für den Streik in der Schmidtschen Fabrik agitatorisch tätig zu sein. Selbstverständlich ein ganz fürchtliches, gesetzwidriges Verbot. — Homeyer kümmerte sich in keiner Beziehung um die polizeilichen Verbote. Auch das Streikpostenverbot übte er nach wie vor weiter aus. Er wurde deshalb angeklagt wegen Ubertretung der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Minden vom 18. Oktober 1905, die die Altermweltbestimmung fast aller Straßenpolizeiverordnungen enthält, wonach unbedingt Folge zu leisten sei den Anforderungen von Polizeibeamten, die ergeben zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen. Die Strafkammer in Bielefeld sprach in diesem den Angeklagten frei. Die Polizeiverordnung könne nicht angewendet werden. Somit sich der Beamte durch die Klagen Schmidts zu seinem Vorgehen bewegen geführt habe, um zu verhindern, daß Schmidt zugunbe gehe, erbehere die polizeiliche Anordnung jeder gesetzlichen Unterlage. Der Polizeinspektor habe allerdings bekundet, daß er außerdem auch das Interesse der Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs im Auge gehabt habe. Gleichwohl sei die Anordnung des Beamten, S. solle während der ganzen Dauer des Streiks sich nicht in der Nähe der Fabrik aufhalten, keine Anordnung im Sinne der Polizeiverordnung. Ihr Tatbestand sei nur gegeben, wenn in einem konkreten Falle ein Beamter die öffentlichen verkehrspolizeilichen Interessen glaube wahren zu müssen und für diesen bestimmten Fall eine Anordnung ergehen lasse. Für Wochen aber jemand den Aufenthalt in der Nähe eines Betriebes zu verbieten, sei unzulässig. Deshalb Freisprechung. Das Kammergericht verwarf die von dem Staatsanwalt eingelegte Revision mit folgender Begründung: Freigestellt sei, daß den Beamten neben dem persönlichen Interesse des Tischlermeisters auch das Interesse des öffentlichen Verkehrs bemogen habe, dem S. auf längere Zeit, solange der Streik dauere, den Aufenthalt in der Nähe der Fabrik zu verbieten. Das gehe natürlich nicht. Die Aufforderung im Sinne der angezogenen Verordnung und anderer Straßenpolizeiverordnungen müsse einen verkehrspolizeilichen Sinn haben. Sie müsse sich darauf beschränken, daß der Verkehr aufrechterhalten werde in der angeleglichen Art oder daß er für die nächste Zukunft gesichert sei. Wenn zum Beispiel ein Begräbnis, ein feierlicher Zug nahe, so könne die Straße nicht erst im letzten Moment abgesperrt werden, wo der Zug schon komme. Die Absperrung wäre in solchen Fällen also schon vorher erlaubt, im Interesse eines bald nahenden Ereignisses. Nicht aber könne auf Tage, Wochen, auf eine unbestimmte Zeit hinaus Leuten verboten werden, an bestimmten Stellen über die öffentliche Straße zu gehen. Das seien nicht verkehrspolizeiliche Anordnungen. Das wurde ja schließlich dazu führen, daß unter Umständen Leute während der Dauer eines Streiks nicht aus den Häusern gehen dürften oder den Ort verlassen müßten. Solche Anordnungen könne die Polizei nicht erlassen und den ihr anvertrauten verkehrspolizeilichen Hülfsmitteln. Somit sei die Freisprechung gerechtfertigt.

**Die „beleidigte“ Breslauer Polizei.**

Die Breslauer Polizei fängt allmählich an, den Spott aller Welt herauszufordern, weil es ihr immer noch nicht gelungen ist, den Fahndabhadler zu ermitteln. Deshalb ruhmvoller ist aber ihr oberster Vorgesetzter, der sehr bekannt gewordene Dr. Biondo. Der Herr ist sehr empfindlich gegen „Beleidigungen“ der von ihm geleiteten staatsverhättnisgemäßen Institution. Auch den verantwortlichen Redakteur der Breslauer Volkswacht, Genossen Albert, wollte er der räuberischen Justiz überliefern. Am 8. Februar stand der Genosse vor der Strafkammer in Breslau. Er sollte durch eine Verurteilung die gesamte Breslauer Polizeimannschaft beleidigt haben. Es ergab sich indes, daß er nur den Breslauer Fahndabhadler als „feigen Galunken“ bezeichnet hatte. Die polizeilichen Belastungszettel waren allerdings anderer Ansicht, das Gericht überzeugte sich indes, daß die Berichte überwachen der Gendarmerie keine zuverlässigen Quellen sind, und sprach Albert frei. Während der Verhandlung hatte Genosse Albert noch einen Versuch gemacht, den Fahndabhadler zu ermitteln. Er erklärte nämlich, der Mensch sei bald nach dem 19. April aus Breslau verkehrt worden, weshalb der Breslauer

Polizeipräsident gar kein Recht habe, für ihn Strafantrag zu stellen. Falls das Gericht es ihm nicht glaube, bitte er, Herrn Dr. Biondo als Zeugen zu laden. Leider ging das Gericht auf diese interessante Frage nicht ein; es glaubte dem Angeklagten, und die Öffentlichkeit muß sich nach wie vor damit trösten, daß der traurige Held des 19. April „nicht zu ermitteln“ ist. Aber beim richtigen Namen darf man ihn nun nennen!

**Wiesenthal in Rüten.**

Die unter dieser Überschrift in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung erschienene Notiz bedarf an zwei Stellen der Berichtigung. Es ist darin von einer Sitzung des „Zentralkomitees vom Industrie-Arbeiterverband“ die Rede, während es sich in Wirklichkeit um eine Sitzung des Zentralkomitees der Solinger Gewerkschaften handelt, also um die Sitzung einer Körperschaft, die man anderswo Gewerkschaftsartell nennt. Ferner muß es in dem Satze, der von der ersten Spalte nach der zweiten hinübergeht, statt „beschlößen“ heißen: „abgegeben“. Diese Fehler wurden erst bemerkt, als der größte Teil unserer Nr. 8 bereits ergebnis war. Sie werden ja fernstehenden Kollegen als geringfügig erscheinen. Leider lehrt aber die Erfahrung, daß solche Kleinigkeiten durch eine gewisse Art von Leuten leicht in ungeheurer Weise aufgebauscht werden können. Wir hielten es deswegen für notwendig, auch das Solinger Parteiorgan, die Bergische Arbeiterstimme, am 10. Februar um die Gefälligkeit zu bitten, eine Erklärung von uns aufzunehmen, worin diese beiden Schreibfehler berichtigt werden.

Über Herrn Wiesenthal selber haben wir noch mitzuteilen, daß eine Verammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Berliner Wahlkreis, die am 12. Februar tagte, sich mit seinem Ausschluss aus der Partei beschäftigt hat. In dem Bericht von der Verammlung, der in Nr. 38 des Vorwärts enthalten ist, heißt es darüber folgendermaßen:

„Zu einer ausgedehnten Debatte führte darauf der Ausschlußantrag gegen Wiesenthal. Die Schiedskommission hatte den Ausschluß Wiesenthals befürwortet, weil sie zu der Überzeugung gekommen war, daß Wiesenthal an der Gründung des neuen „Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ als treibende Person beteiligt war und damit absichtlich eine Zerspaltung in der Metallarbeiterorganisation herbeigeführt hat. In der Handlung wie auch in den Motiven dazu erblickte die Kommission eine Verletzung, die mit den Anschauungen der Partei nicht zu vereinbaren sei. Der Wahlvereinsvorstand hatte jedoch den Spruch der Schiedskommission nicht akzeptiert, weil unter anderem die als Zeugen vernommenen Hochlehrer erklärten, die Neugründung würde auch ohne Wiesenthal erfolgt sein. Deshalb hielt der Vorstand eine Klage für ausreichend. Nach langer, teils ziemlich heftiger gegenseitiger Aussprache, an der sich die verschiedensten Redner für und wider beteiligten, stellte sich die Verammlung in ihrer großen Mehrheit auf den Standpunkt der Schiedskommission und beschloß, den Ausschluß Wiesenthals beim Parteivorstand zu beantragen.“

Es hat lange gedauert, bis die Ausschlußangelegenheit so weit gediehen ist. Dies soll jedoch keineswegs ein Vorwurf gegen die betreffenden Parteimitglieder sein. Wir leben es nur hervor, weil es uns Grund zu der Annahme gibt, daß sie die Sache gründlich geprüft und auf keinen Fall übers Knie gebrochen haben.

**„Je mehr Schutzvorrichtungen, desto mehr Unfälle.“**

Diese von besonders großer „Humanität“ zeugende Anschauung vertrat der Schmutzwarenfabrikant Keller vor der hiesigen Strafkammer, als gegen ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung verhandelt wurde. Keller hatte durch ungenügende Schutzvorrichtung an einer Stange, obwohl er von dem Gewerbeinspektor vorher aufgefordert worden war, für ausreichenden Schutz zu sorgen, verschuldet, daß ein jugendlicher Arbeiter sich den Finger quetschte. Der Unternehmer und seine Sachverständigen vertreten den oben erwähnten Standpunkt und sagten, ganz grobe Unfälle wären meist auf Unachtsamkeit der Arbeiter zurückzuführen. Die Schutzvorrichtungen „irritierten“ die Arbeiter. Dieser Ansicht trat der Gewerbeinspektor Lehmann mit aller Entschiedenheit und besonders mit dem Hinweis entgegen, daß durch die geringen Akkordlöhne an solchen gefährlichen Maschinen die Unfälle vermehrt würden, denn die Arbeiter mühten, wenn sie etwas verdienen wollten, flink machen. Der Unternehmer wurde mit einer Geldstrafe belegt. Drahtlicher kam das Sprichwort: „Uffordarbeit ist Uffordarbeit“ nicht illustriert werden.

**Vom Ausland.**

**Frankreich.**

Nach einer Mitteilung der Tagespresse ist der Ausstand der Stahlwerker in Feumont nach sechswöchentlicher Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. Die Unternehmer haben die neun gemäßigten Arbeiter, um derenwillen der Streik proklamiert wurde, wieder aufgenommen. Dadurch erledigten sich gleichfalls die Streiks in Stenay und Mordhennes (Belgien).

**Rußland.**

Zu den Aussperrungen in Lodz. Brzelom teilt mit, daß die Deputation von den Arbeitern der Posnanischen Fabrik, die nach Berlin entsendet worden war, um dem Fabrikanten Ignatius Posnaniski eine Unterredung hatte. Dieser teilte ihnen folgende Bedingungen der Unternehmer, die an den Aussperrungen teilnehmen, mit: Rückkehr zu der alten Arbeitsordnung, die vor den Aussperrungen bestanden hat, und Ausschließung von 98 Arbeitern. Die Deputation bestand darauf, daß die in der Prospektionsliste bezeichneten Arbeiter eine Strafe nicht verdienen haben und daher nicht ausgeschlossen werden dürften. An dem darauffolgenden Tage wurde die Deputation auch von den übrigen Fabrikbesitzern empfangen. Diese bestätigten die Worte Posnaniskis, wobei es deutlich zutage trat, daß die Fabrikbesitzer fest bei ihren Bedingungen verbleiben und vorläufig an Zugeländnissen nicht geneigt sind. — Inzwischen wird die Not unter den Lodzer Arbeitern immer größer. In Lodz selbst sind die Mittel völlig erschöpft, die Arbeiter haben selbst ihre Rissen verkauft und müssen auf verfaultem Stroh schlafen. Laufende Familien hungern in des Wortes vollster Bedeutung; die meisten haben ihre Wohnungen räumen müssen, da nicht alle Lodzer Hausbesitzer so human sind, mit der Bezahlung der Miete so lange zu warten, bis die Aussperrungen beendet sind. Unter den hungernden Arbeitern, besonders unter den Kindern, wüthen die verächtlichsten Krankheiten, und die Krankenhäuser sind so überfüllt, daß die meisten keine Aufnahme mehr finden können und ohne ärztliche Hilfe bleiben. Die Not nimmt von Tag zu Tag immer größere Dimensionen an.

In der letzten Zeit hat in Rußland eine wahre Aussperrungsepidemie begonnen. Die Unternehmer befehlen sich, unter dem Schutze der Reaktion den Arbeitern alles wegzunehmen, was diese in den letzten zwei Jahren erkämpft haben. Da die Arbeiter noch nicht genügend organisiert sind und keine bedeutenden Geldmittel besitzen, so werden die Aussperrungen zum System erhoben. So wurden in Warschau die Arbeiter der Ruwertfabriken, Strampffabriken und einiger anderer Betriebe ausgesperrt und in den Schneiderwerkstätten ist die Aussperrung zum zweiten Male verhängt worden. In Schitomir (Gouvernement Wolynien) dauern die Aussperrungen in den Schneiderwerkstätten fort. In Moskau wurden in der Streichholzfabrik „Blitz“ etwa 800 Arbeiter ausgesperrt, in Wilna 2000 Wärrnenmacher. In Danaburg waren die Arbeiter der Handschuhfabriken ausgesperrt. In Lodz werden die Aussperrungen sogar auf Meister und Kontorangestellte ausgedehnt. In Petersburg drohen die Buchdruckermeister mit der Aussperrung und die Moskauer Buchdruckermeister gehen mit ähnlichen Absichten um, zu welchem Zwecke sie sich mit den Petersburgern in Verbindung gesetzt haben.

In der letzten Sitzung des Organisationsbureaus der Sozialrevolutionären Partei wurde folgende Resolution in der Frage der gewerkschaftlichen Bewegung angenommen: „Die gewerkschaftlichen Verbände kämpfen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, indem sie für die gewerkschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Interessen der breiten Arbeitermassen eintreten, und auf

